

NACHGEFRAGT

Spielt Bush nur auf Zeit?

Dr. Ottmar Edenhofer, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, über den Versuch, mit langwieriger Forschung Energiepolitik zu machen

SZ: In den kommenden zehn Jahren sollen US-Wissenschaftler untersuchen, wie groß der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel tatsächlich ist. Die Bush-Administration will dafür ein großes Forschungsprogramm auflegen. In der vergangenen Woche berieten Politiker, Klimaexperten und Umweltgruppen auf einer Konferenz in Washington über die künftigen Schwerpunkte. Zehn weitere Jahre Forschung – ist die Frage der globalen Erwärmung nicht längst geklärt?

Edenhofer: Es gibt tatsächlich eine ganze Reihe offener Fragen. Im wesentlichen geht es dabei um zwei Komplexe: Was lässt sich tun, um den weltweiten Kohlendioxid-Ausstoß auf Dauer zu verringern. Das ist die eine große Frage – keine triviale im übrigen. Zu welchen Kosten ist es zum Beispiel möglich, das System der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen umzustellen? Lässt sich Kohlendioxid (CO₂) in ehemaligen Erdgasfeldern oder im tiefen Ozean lagern? Neben diesen Fragen der Vermeidung geht es um Anpassungsstrategien. Noch aber wissen wir viel zu wenig darüber, wie sich die globale Erwärmung regional auswirkt.

SZ: Kritiker sagen, Bush wolle mit seinen Plänen nur auf Zeit spielen und die Industrie vom Klimaschutz weitgehend unbehelligt lassen.

Edenhofer: Diese politische Einschätzung ist sicher richtig. Aber selbst die Bush-Administration hat begriffen, dass der Klimawandel ein reales Problem ist. Sie glaubt aber, Klimaschutz komme viel



Ottmar Edenhofer
Foto: PIK

zu teuer und würde das Wirtschaftswachstum ab.

SZ: Hat Bush damit Recht?

Edenhofer: Nein. Trotzdem hat er einen Großteil der US-amerikanischen Ökonomen auf seiner Seite. Und ich fürchte, dass jetzt die Debatte darüber losbrechen wird, ob man nicht statt auf Vermeidung doch lieber nur

auf Anpassung setzen sollte. Es besteht die Gefahr, dass Bush mit dieser Position Bündnispartner in China, Indien und anderen Staaten findet. Dabei müssen wir uns sowohl an den unvermeidbaren Klimawandel anpassen als auch den CO₂-Ausstoß verringern.

SZ: Unter welchen Bedingungen?

Edenhofer: Wenn die Industrien der Welt so weitermachen wie bisher, werden Techniken wie Photovoltaik, Solarthermie und Windkraft erst gegen Ende des Jahrhunderts voll wettbewerbsfähig. Wir haben berechnet, dass der Klimaschutz für die Weltwirtschaft und vor allem für die OECD-Staaten kein gravierendes ökonomisches Problem darstellt, wenn die Kosten pro Kilowattstunde bei einer Verdopplung der Produktion aus erneuerbaren Quellen um 20 Prozent sinken. Man muss aber bedenken: Bleibt es beim Business as usual, ist die Erde zum Jahr 2100 im Mittel um fünf Grad wärmer. Damit stoßen wir das Klimasystem aus dem Gleichgewicht. Schon eine Erwärmung von zwei Grad wird vor allem die Dritte Welt an die Grenze der Anpassungsfähigkeit bringen.

SZ: Beim Kyoto-Prozess wollen die USA nicht dabei sein. Was tun sie zur Reduktion der Treibhausgase?

Edenhofer: Auf staatlicher Ebene gibt es einiges, Kalifornien hat zum Beispiel CO₂-Standards für Autos erlassen. Bush jedoch fährt eine andere Strategie: Er orientiert sich nicht an den absoluten Emissionen, sondern an der so genannten CO₂-Effizienz. Er will mit freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie also den CO₂-Ausstoß gemessen an der Entwicklung des Bruttonutzenproduktes senken. Das ist natürlich Augenwischerei, denn letztlich werden diese relativen Verbesserungen durch das Wirtschaftswachstum weit überkompensiert. Um ein vernünftiges Klimaschutzziel zu erreichen, müssen die Emissionen aber tatsächlich abnehmen – spätestens von 2010 an. Und je später wir mit der Reduktion beginnen, desto teurer wird es.

SZ: Wie ist die Haltung der Forscher in den USA?

Edenhofer: Die meisten glauben an die Notwendigkeit des Klimaschutzes, doch sehen sie es nicht als ihre Aufgabe, Bush zum Jagen zu tragen. Jenseits der Forderung nach einem Umbau der Energiewirtschaft ist Bush aber für einiges zu haben – zum Beispiel für die Einlagerung von CO₂ in geologische Formationen, die für eine Übergangszeit nötig sein wird.

SZ: Für ein Umsteuern bräuchte es wohl eine demokratische Regierung?

Edenhofer: Ich bin mir nicht sicher, ob eine demokratische Regierung etwas bewirken kann, wenn die Energiewirtschaft nicht mitspielt. Deswegen geht es nicht nur darum, Bush zu überzeugen, sondern auch Unternehmen wie Exxon, Shell und BP. Und was die beiden letztgenannten angeht, sind die Signale in letzter Zeit einigermaßen hoffnungsvoll.

Interview: Martin Thurnau

